

# Israels Oberster Gerichtshof segnet die Tötung und Verstümmelung von Demonstranten in Gaza ab

Maureen Clare Murphy, [electronicintifada.net](http://electronicintifada.net), 26.05.18

Israels Oberster Gerichtshof hat zwei Petitionen von Menschenrechtsgruppen abgelehnt, die diese Woche die Vorschriften des Militärs zum Einsatz scharfer Munition angefochten haben. Anlass dieses zweiten Vorstoßes vor Gericht war der Tod weiterer Palästinenser, die an den Verletzungen starben, die sie während der anhaltenden Proteste des *Großen Marsches der Rückkehr* in Gaza erlitten hatten. Es war das zweite Urteil des Gerichts vom Donnerstag, das Kriegsverbrechen absegnet.

Das Urteil des Obersten Gerichtshofs kann vom Internationalen Strafgerichtshof als Hinweis darauf angesehen werden, dass die israelischen Justizbehörden nicht bereit sind, ein echtes Verfahren wegen Verbrechen gegen palästinensische Zivilisten durchzuführen.

Zwischen dem 19. und 25. Mai gab das Gesundheitsministerium von Gaza den Tod von sieben Palästinensern bekannt, die bei Protesten am östlichen Rand des Territoriums ab dem 30. März verletzt wurden.

Die Verstorbenen wurden identifiziert als Hussein Salem Abu Oweida, 41, Ahmad al-Abed Abu Samra, 21, Muhammad Mazen Alayan, 20, Muin Abd al-Hamid al-Sae, 58, Muhannad Abu Tahoun, 21, Ahmad Qatoush, 23 und Yasir Sami Saad al-Din Habib, 24.

Auch in dieser Woche starb ein 15-Jähriger im besetzten Westjordanland. Oday Akram Abu Khalil erlag den Wunden, die er bei den Protesten am 15. Mai, dem jährlichen Gedenken an die Nakba von 1948 oder der Katastrophe, erlitt, als er von israelischen Streitkräften in den Magen geschossen wurde.

Mehr als 115 Palästinenser wurden seit dem 30. März von israelischen Streitkräften im Gazastreifen getötet, die überwiegende Mehrheit von ihnen während des Großen Marsches der Rückkehrproteste - darunter 14 Kinder, zwei Journalisten und ein Sanitäter.

Bei den Protesten wurden rund 3.600 Menschen durch Schüsse verletzt. Es wurde nur ein leicht verletzter Soldat bei den Protesten in Gaza gemeldet.

## **Das Gericht stellt sich wieder auf die Seite des Staates**

Das israelische Obergericht entschied zugunsten der Auslegung des Staates, dass Demonstranten eine Gefahr für israelische Soldaten und Zivilisten darstellten und damit die Anwendung tödlicher Gewalt rechtfertigten.

Die Richter schlossen sich der Behauptung der Regierung an, dass die Proteste im Rahmen eines seit langem andauernden bewaffneten Konflikts zwischen Israel und der Hamas stattfinden. Der Staat argumentiert, dass die rechtliche Grundlage, die den Einsatz von tödlichen Schüssen während der Proteste regle, das humanitäre Völkerrecht, oder das Kriegsrecht sei.

Die Menschenrechtsgruppen halten dagegen, dass unabhängig von der politischen Zugehörigkeit eines der Organisatoren oder Teilnehmer, die Demonstrationen am östlichen Rand des Gazastreifens eine zivile Angelegenheit der Strafverfolgung sind, die dem internationalen Menschenrechtsgesetz unterliegen, das den Einsatz von lebensbedrohender Gewalt nur erlaubt, um eine unmittelbare tödliche Bedrohung zu stoppen.

„Einige der Randalierer haben versucht, den Grenzzaun zu zertrampeln oder zu durchbrechen, was eine unmittelbare Gefahr darstellt, dass Terroristen in das Staatsgebiet in der Nähe von Städten auf der israelischen Seite eindringen“, schrieb Hanan Melcer, einer der drei Richter, die die Petitionen geprüft hatten.

„Unter den Randalierern waren einige, die Steine und Bomben auf israelische Truppen warfen. Daher scheint es so, dass Schüsse für einen legitimen Zweck eingesetzt wurden - nämlich der Verteidigung der Bürger des Staates und der israelischen Soldaten“, ergänzte Melcer.

Das Gerichtsurteil gibt damit dem Militär „grünes Licht für den fortgesetzten Einsatz von Scharfschützen und scharfer Munition gegen palästinensische Demonstranten im Gazastreifen“, erklärten Al Mezan und Adalah, zwei der Gruppen, die sich an das Gericht gewandt hatten. Die beiden Gruppen erklärten, das Gericht habe "sich geweigert, Videoclips anzusehen, die die israelischen Schüsse auf Demonstranten dokumentieren, und anstatt den Fall tatsächlich zu untersuchen, habe es die ihm vom Staat vorgelegten Behauptungen voll akzeptiert“.

Al Mezan und Adalah veröffentlichten ein Video:

[electronicintifada.net/blogs/maureen-clare-murphy/israels-high-court-blesses-killing-and-maiming-gaza-protesters](https://electronicintifada.net/blogs/maureen-clare-murphy/israels-high-court-blesses-killing-and-maiming-gaza-protesters)

„Der extreme Charakter des Urteils wird auch dadurch deutlich, dass die Opferzahlen, die dem Gericht vorgelegt wurden, überhaupt nicht genannt wurden“, fügten die Menschenrechtsgruppen hinzu. Der israelische Oberste Gerichtshof erklärte, dass es mit einer Untersuchung zu den Richtlinien des Militärs nicht vorwärts kam, da die anklagenden Organisationen, einen Antrag zurückwiesen, demgemäß den Richtern geheime Informationen zugänglich gemacht werden sollten, ohne den Petenten Einsicht zu geben.

„Wir haben keine konkreten Informationen über die Identität der wichtigsten Aktivisten und Anstifter, die Art ihrer Handlungen, ihre organisatorische Zugehörigkeit, ihre Beteiligung an terroristischen

Aktivitäten oder anderen verbotenen feindlichen Aktivitäten, oder ob und in welcher Weise sie eine klare und gegenwärtige Gefahr darstellen“ erklärte Melcer.

Die Richter akzeptierten die staatliche Beschreibung der Gaza-Proteste als „gewalttätige Unruhen“, die „von der Hamas, einer terroristischen Organisation in einem bewaffneten Konflikt mit Israel, organisiert, koordiniert und geleitet wurden“.

### **Keine unmittelbare Bedrohung**

Adalah und Al Mezan erklärten, dass das Gerichtsurteil „im Widerspruch zu den Einordnungen und vorläufigen Ergebnissen internationaler Menschenrechtsorganisationen und Organisationen der Vereinten Nationen stehe, die die Ereignisse in Gaza dokumentieren und bewerten“.

Während einer Sondersitzung des UN-Menschenrechtsrates zu den Ereignissen in Gaza letzte Woche erklärte der Hohe Kommissar Zeid Ra'ad Al Hussein:

„Obwohl einige der Demonstranten Molotow-Cocktails warfen und Steinschleudern benutzen, brennende Drachen nach Israel flogen und versucht wurde, Drahtschneider an den beiden Zäunen zwischen Gaza und Israel einzusetzen, sind allein diese Aktionen keine unmittelbare Bedrohung, die den Einsatz von tödlicher Gewalt rechtfertigen könnte“.

Der Menschenrechtsrat stimmte für die Einsetzung einer Untersuchungskommission zu den zivilen Opfern, die es während der Demonstrationen gab, mit einem Abschlussbericht im März nächsten Jahres.

Tania Hary, Exekutivdirektorin der israelischen Menschenrechtsgruppe Gisha, die die Regeln für die Anwendung von scharfer Munition in Frage stellte, sagte, sie sei „enttäuscht, aber nicht überrascht, dass das Gericht erneut Israels schwere Verletzungen der Menschenrechte und des Völkerrechts in Gaza sanktioniert“.

Der Oberste Gerichtshof Israels betreibt seit langem eine völkerrechtswidrige Politik gegenüber den Palästinensern.

Gisha hat zuvor die israelische Justiz und vor allem das Oberste Gericht beschuldigt, „die Rechtspositionen des Staates fast fraglos“ bei der Frage der 11-jährigen Blockade des Gazastreifens akzeptiert zu haben.

Palästinensische Menschenrechtsgruppen haben den Internationalen Strafgerichtshof aufgefordert, die beispiellose Blockade des Gazastreifens als Straftat zu untersuchen.

Der Außenminister der Palästinensischen Autonomiebehörde hat am Dienstag den Internationalen Strafgerichtshof angerufen und eine sofortige Untersuchung der israelischen Verbrechen gefordert. Im Jahr 2015 leitete das Gericht eine Voruntersuchung zu möglichen Kriegsverbrechen im besetzten Westjordanland und im Gazastreifen ein.

### **Vorprüfung durch ICC (Internationaler Strafgerichtshof)**

Eine Vorprüfung ist der erste Schritt im Gerichtsverfahren, um festzustellen, ob ein förmliches Prüfverfahren eingeleitet werden soll, das dann zu Anklagen und Verfahren führen kann.

Eine Voruntersuchung auf Grundlage einer Empfehlung durchgeführt, sie ist unbefristet und kann nach Ermessen des Chefanklägers jahrelang andauern.

Im Jahr 2006 begann die Staatsanwaltschaft mit einer vorläufigen Untersuchung der mutmaßlichen Verbrechen, die seit 2002 in Afghanistan begangen wurden.

Elf Jahre nach Eröffnung der Untersuchung und bis zu 15 Jahre nach der Begehung der ersten mutmaßlichen Verbrechen kam der Staatsanwalt zu dem Schluss, dass es genügend Beweise für eine förmliche Untersuchung der mutmaßlichen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch die Taliban, die afghanische Regierung und die Vereinigten Staaten gibt.

Eine Voruntersuchung zu mutmaßlichen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen in Kolumbien, die 2004 eröffnet wurde, steht nach Angaben der Koalition für den Internationalen Strafgerichtshof noch aus.

In ihrer Antwort auf die palästinensische Beschwerde signalisierte Chefanklägerin Fatou Bensouda, dass sie nicht beabsichtige, den Prozess zu beschleunigen, und erklärte, dass die „Voruntersuchung wichtige Fortschritte gemacht habe und ihren normalen Verlauf fortsetzen werde“.

Das israelische Außenministerium mobilisierte gegen die palästinensische Bewegung und nannte sie einen Versuch, „das Gericht zu politisieren und von seinem Mandat zu ab zu bringen“.

In den vergangenen Wochen hat das Büro von Bensouda „große Besorgnis“ über die Lage in Gaza geäußert und die israelischen Führer gewarnt, dass sie wegen der Ermordung unbewaffneter palästinensischer Demonstranten verfolgt werden könnten.

Anfang dieses Monats wurde von Reporter ohne Grenzen formell gefordert, dass der Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs die gezielte Verfolgung von Journalisten in Gaza als Kriegsverbrechen untersuchen sollten.

Die palästinensischen Menschenrechtsgruppen Al-Haq, Al Mezan und das Palästinensische Zentrum für Menschenrechte erklärten diese Woche, dass sie „im Rahmen der Vorprüfung des Gerichts fünf umfassende Mitteilungen an den Staatsanwalt eingereicht haben“.

„Diese Mitteilungen beziehen sich auf die Offensive gegen den Gazastreifen 2014, die von Israel verhängte Schließung des Gazastreifens, die Anwendung der sogenannten Hannibal-Richtlinie in Rafah und Verbrechen im Westjordanland einschließlich Jerusalem“, erklärten die Gruppen und fügten hinzu, dass sie „auch Informationen über den Mangel an innerstaatlichen Ermittlungen und Verfolgungen geliefert haben“.

Der Staatsanwalt „hat genügend Beweise“, um eine umfassende Untersuchung einzuleiten, so die Rechtsgruppen.

„Der IStGH, der als Gericht der letzten Instanz fungiert, muss den palästinensischen Opfern Entschädigung verschaffen“, fügten sie hinzu.

Übersetzung: Pako – [palaestinakomitee-stuttgart.de](http://palaestinakomitee-stuttgart.de)

Quelle:

[electronicintifada.net/blogs/maureen-clare-murphy/israels-high-court-blesses-killing-and-maiming-gaza-protesters](http://electronicintifada.net/blogs/maureen-clare-murphy/israels-high-court-blesses-killing-and-maiming-gaza-protesters)